

Vorlage Nr. 19/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung befristeter Bedarfe für pädagogische Fachkräfte für das Amt für Jugend, Familie und Frauen und das Schulamt im Rahmen des Landesprogramms "Wege in Beschäftigung"

A Problem

Im Bereich der Kindertagesbetreuung besteht fortwährend ein hoher Bedarf an staatlich anerkannten Erzieher:innen. Der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wird die Situation weiter verschärfen.

Da die bisherigen Ausbildungsformate und –Systeme in Bremerhaven diesen Bedarf nicht in Gänze abdecken, sind weitergehende Maßnahmen erforderlich, um zusätzliche Fachkräfte auszubilden und auch Menschen ohne pädagogische Vorqualifikation einen Einstieg zur Erzieher:innenausbildung zu ermöglichen. Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, das Amt für Jugend, Familie und Frauen, das Schulamt, die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und die Bundesagentur für Arbeit haben in gemeinsamen Gesprächen eine Umsetzungsmöglichkeit aus dem Programm „Wege in Beschäftigung“ in der Stadt Bremerhaven geprüft. Mit Vorlage Nr. III/10/2024 hat der Magistrat die Beteiligung am Landesprogramm „Wege in Beschäftigung“ begrüßt.

Zurzeit werden in Kooperation mit dem Arbeitsförderungszentrum im Land Bremen (AFZ) potentielle Interessent:innen in einer 900 Stunden umfassenden Maßnahme vorqualifiziert, um die Voraussetzungen zu erfüllen, ab dem 01.08.2025 in die nebenberufliche Ausbildung zur/zum Erzieher:in einzusteigen. Das Landesprogramm „Wege in Beschäftigung“ sieht eine zweijährige Qualifizierung vor. In dieser Zeit sind die Teilnehmer:innen in einem Arbeitsverhältnis bei der Stadt Bremerhaven unter Eingruppierung in die Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA) beschäftigt und werden in einer städtischen Kindertagesstätte oder einer Grundschule eingesetzt. Im Anschluss an eine erfolgreiche zweijährige Qualifizierung haben die Teilnehmer:innen die Möglichkeit in einem sog. Berufseinstiegsjahr die staatliche Anerkennung zur/zum Erzieher:in zu erwerben.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, befristet für die Zeit vom 01.08.2025 bis 31.07.2027, die Anerkennung von 10,0 überplanmäßigen Bedarfen für pädagogische Fachkräfte im Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie, vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung im Ausschuss für Schule und Kultur, von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Schulamt im Rahmen des Programms „Wege in Beschäftigung“ (Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Personalhauptkosten für 14,0 Stellen (Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) belaufen sich auf ca. 686.000 €/Jahr. Die Finanzierung erfolgt zu 100% aus Drittmitteln, so dass der kommunale Haushalt nicht belastet wird.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen hat in seiner Sitzung am 26.09.2024 zugestimmt. Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 12.06.2025 beteiligt.

Im Rahmen der Besetzung werden die Mitbestimmungsgremien beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, befristet für die Zeit vom 01.08.2025 bis 31.07.2027, die Anerkennung von 10,0 überplanmäßigen Bedarfen für pädagogische Fachkräfte im Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie, vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung im Ausschuss für Schule und Kultur, von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Schulamt im Rahmen des Programms „Wege in Beschäftigung“ (Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Neuhoff
Bürgermeister